

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Das Haus muss zu Ende gebaut werden

- Die Oberstufe an der Gemeinschaftsschule

Außerunterrichtliche Veranstaltungen

- Ein Überblick über rechtliche Aspekte

Baustelle Bildung – Betreten auf eigene Gefahr!

- Statement der GEW-Landesvorsitzenden Doro Moritz

Eltern fragen – Michael Rux antwortet

- Sexualerziehung in der Schule

68DEINS! Schule und Demokratie

- Die Rechte der Schüler/-innen

Berufsoberschule

- Eine Chance auf dem zweiten Bildungsweg

Handwerk: Die (unterschätzte) Wirtschaftsmacht

- Die Rolle von Eltern im Berufswahlprozess

Inhaltsverzeichnis

| | | | |
|---|----|--|----|
| Das Haus muss zu Ende gebaut werden Ohne Oberstufe bliebe die Einführung der Gemeinschaftsschule unabgeschlossen | 3 | Arbeitsgemeinschaft der Elternbeiratsvorsitzenden der Realschulen im Regierungsbezirk Karlsruhe . . . | 17 |
| Außerunterrichtliche Veranstaltungen Ein Überblick über rechtliche Aspekte | 6 | Handwerk: Die (unterschätzte) Wirtschaftsmacht von nebenan Die Rolle von Eltern im Berufswahlprozess | 18 |
| Baustelle Bildung Statement der GEW-Landesvorsitzenden | 9 | Studienerfolg – Studienabbruch: Wissenschafts- und Wirtschaftsministerium legen erstmalig Studie vor | 19 |
| Eltern fragen – Michael Rux antwortet Ist Sexualerziehung ein Pflichtfach? | 12 | Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: Soziale Herkunft darf kein Hindernis für Bildungserfolg sein | 22 |
| 68DEINS! Schule und Demokratie Schüler/-innen haben das Recht mitzureden, mitzugestalten und mitzuentcheiden | 13 | Cartoon zum Schluss | 23 |
| Berufsoberschulen Eine Chance auf dem zweiten Bildungsweg bis zur fachgebundenen Hochschulreife | 15 | Vorsicht Satire! | 24 |

Liebe Leserinnen und Leser,

das Schuljahr 2016/17 neigt sich seinem Ende entgegen. Zwischen uns und den Sommerferien stehen nur noch wenige Tage puren Stresses und eine ganze Reihe von Sommer- und Grillfesten.



Dr. Carsten T. Rees,
Vorsitzender des
18. Landeselternbeirats

Gönnen wir uns einen kurzen Moment Zeit für einen Rückblick. Wie war das vergangene Schuljahr so? War es ein gutes Jahr?

Meine ganz persönliche Antwort lautet: Für Schule und Bildung in Baden-Württemberg war das vergangene Schuljahr eines der allerschlechtesten in vielen, vielen Jahren!

Durch eine ganze Reihe von Bildungsstudien haben wir die Bestätigung erhalten: Baden-Württemberg ist im Bundesvergleich im tiefen Keller angelangt – nicht nur, was die Qualität von Schule und Bildung angeht, nein – auch was die Ausgaben für Schule und Bildung angeht.

So viel Unterrichtsausfall wie in diesem Schuljahr hatten wir lange nicht. Es fiel umfänglich sogar Pflichtunterricht in Kernfächern aus. Ganz besonders betroffen waren hier die Grundschulen.

Die Entscheidung der Landesregierung, vom Zwei-Pädagogen-Prinzip bei der Inklusion abzugehen (auch da kann man an unseren Kindern sparen) lässt uns befürchten, dass die schulische Inklusion gerade aus kaltem Kalkül an die Wand gefahren wird. Und das geht so: Die Landesregierung beschließt, die Inklusion auf allerkleinster Sparflamme zu fahren, sodass sie nicht gut umgesetzt werden kann. So hofft man, die

Eltern aus den inklusiven Settings zu vertreiben. Und in vier Jahren stampft man dann die Inklusion ein mit der Begründung, sie sei von den Eltern nicht angenommen worden.

In einer Zeit, in der die Einnahmen der Landeskasse sprudeln, setzt die Landesregierung mit ihrer Finanzministerin Sitzmann zu allererst auf das Sparen im Bildungsbereich. Viel tiefer können wir ja schließlich nicht mehr stürzen? Machen wir es uns bequem im Keller?

Unserer Kultusministerin jedenfalls drücke ich die Daumen für die anstehenden Verhandlungen mit der Finanzministerin. Sie hat es da mit einer harten Bildungsgegnerin zu tun. Aber Frau Eisenmann hat auch klare Forderungen und Bedarfe für den Haushalt formuliert. Das macht ein wenig Mut.

Der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bin ich in diesem Zusammenhang sehr dankbar für ihre Veranstaltung „Baustelle Bildung“ am 30. Juni in Stuttgart. Das Statement der Vorsitzenden Doro Moritz finden Sie in dieser Ausgabe von SiB. Bitte lesen Sie es unbedingt! Dort haben Sie die ganze Giftliste Bildung der Landesregierung vor Augen.

Wenn Sie nun fragen was wir tun können, dann sehe ich zwei Alternativen:

1. Im Land bleiben und für die Bildung und Zukunft unserer Kinder kämpfen – gegen allen Sparterror der Landesregierung.
2. In ein anderes Bundesland auswandern. Wohin? Egal! Mit 90-prozentiger Wahrscheinlichkeit landen Sie in einem Bundesland mit einem Bildungssystem, das besser abschneidet als unseres!

Mit freundlichen Grüßen

Carsten T. Rees

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Vorsitzender: Dr. Carsten T. Rees (ctr) – Redaktionsteam: Joachim Dufner (jd), Stephan Ertle (se), Carmen Haaf (ch), – Koordinator: Joachim Dufner, Am Feuerbach 13, 77654 Offenburg. – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 12,- zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers oder des Verlags. Zuschriften nur an den Koordinator.

Das Haus muss zu Ende gebaut werden

Ohne Oberstufe an repräsentativen Standorten kann Gemeinschaftsschule nicht gelingen

Zu Beginn der Überlegungen zur Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen ist es notwendig, einen Blick auf die Einführungsmodalitäten der neuen Schulart zu werfen. Die Gemeinschaftsschule soll die vorhandenen Schularten ergänzen – nicht ersetzen. Sie soll alle Schulabschlüsse anbieten oder darauf vorbereiten und soll grundsätzlich neben dem Kernbereich Sek. I auch eine Option für eine Elementarstufe sowie eine Sek. II enthalten – so ist es im Schulgesetz verankert.

Die Konsequenz einer solchen Entscheidung ist logischerweise eine Neuverteilung der Schülerströme zu Beginn der Sek. I, da die neue Schulart ja auch auf Schülerinnen und Schüler angewiesen ist, die bislang eine der drei vorhandenen Schularten besucht haben. Es muss daher mit einer Konkurrenzsituation zwischen den Schularten gerechnet werden.

Diese Konkurrenzsituation zeigt sich momentan im Bereich der Sek. I überwiegend im Hinblick auf die Realschulen, im Bereich der Sek. II, aber eben auch mit den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien. Entsprechend reagieren diese bei Plänen zur Einrichtung einer Oberstufe häufig mit Unverständnis und Abwehr.

In dem in Tübingen durchgeführten Beteiligungs- und Beratungsprozess war es daher zunächst einmal notwendig, darzulegen, warum die Schulform „Gemeinschaftsschule“ die ihr zugeordnete Aufgabe nur dann erfüllen kann, wenn die Einführung und konzeptionelle Entwicklung auch konsequent zu Ende gedacht wird – auch und insbesondere im Hinblick auf die Sekundarstufe II.

Erfolgsbedingungen für Gemeinschaftsschulen

Gemeinschaftsschulen können ihre Aufgaben nur dann erfüllen, wenn die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen in vier Bereichen gegeben sind:

Innere Erfolgsbedingungen

1. Im Betrieb nach innen kann eine Gemeinschaftsschule nur funktionieren, wenn ihre Gemeinschaft die Gesellschaft repräsentiert, d. h. die Schülerzusammensetzung alle Leistungsbereiche umfasst. Ist dies nicht gegeben, wird sehr schnell ein sog. kritisches Lernmilieu entstehen, in dem eine hohe Zahl an Leistungsunwilligen/-unfähigen keine Leistungsorientierung aufkommen lässt. Eine allgemeine Leistungsorientierung braucht Schülerinnen und Schüler, die leistungsstark und -willig sind. Sollen leistungsstarke Schülerinnen und Schüler eine Gemeinschaftsschule besuchen, brauchen sie für ihre Schullaufbahn auch die Perspektive einer Oberstufe.
2. Eine Gemeinschaftsschule benötigt Lehrkräfte aller Ausbildungsrichtungen – auch Lehrkräfte mit Gymnasialbefähigung. Diese wiederum sind auch für das Unterrichten an Sek. II ausgebildet und möchten auch an dieser Stufe unterrichten. Alle Gymnasiallehrkräfte, die an der Gemein-

schaftsschule, für die ich zuständig war, über eine Stellenausschreibung eingestellt wurden, haben im Gespräch darauf hingewiesen, dass dies eine Bedingung ist für einen längerfristigen Verbleib an einer Gemeinschaftsschule. Ist diese Perspektive nicht gegeben, muss die einzelne Gemeinschaftsschule daher mit einer erhöhten Personalfuktuation rechnen. Eine kontinuierliche Schulentwicklung kann aber nur auf der Basis einer stabilen Personalsituation gelingen.



Joachim Friedrichsdorf

3. Es ist erforderlich, dass die spezifische pädagogische/didaktische Ausrichtung einer Gemeinschaftsschule zu allen Abschlüssen führt. Ist dies nur für den Hauptschul- und den Realschulabschluss möglich, da diese im Kernbereich der Gemeinschaftsschule abgelegt werden können, ist die Gefahr gegeben, dass sich ein sog. „Backwascheffekt“ ergibt, der die Ausprägungen der Gemeinschaftsschule unterläuft. Solch ein Effekt entsteht dann, wenn die Schulen mit einer Sek. II, die die Absolventen der Gemeinschaftsschulen aufnehmen sollen, Anforderungen formulieren, nicht nur hinsichtlich bestimmter Inhalte, die gegeben sein müssten, sondern auch hinsichtlich bestimmter Arbeitsformen, an die die in Frage kommenden Schüler/-innen schon in der Sek. I gewöhnt sein müssten, um die Oberstufe erfolgreich bewältigen zu können. Da die Lehrkräfte einer Gemeinschaftsschule ihren Absolventen, die an Schulen mit Sek. II gehen wollen, die Chancen nicht einschränken wollen, sie aber über keine Erfahrung verfügen, die belegen könnte, dass auch auf der Basis der Arbeitsweise an Gemeinschaftsschulen ein erfolgreiches Abitur möglich ist, werden sie „sicherheitshalber“ auf traditionelle Lehr- und Lernverfahren zurückgreifen und damit die spezifischen Arbeitsweisen der Gemeinschaftsschule – für alle Schülerinnen und Schüler – auch in der Sek. I reduzieren.

4. Schließlich war es ein ausdrücklicher Wunsch von Eltern, deren Kinder Gemeinschaftsschulen in Tübingen besuchen, den „Geist der Gemeinschaftsschule bis in die Oberstufe weiterzuführen“.

Äußere Erfolgsbedingungen

5. Soll eine Schulart die ihr zugeordneten Aufgaben erfüllen, braucht sie eine breite gesellschaftliche Akzeptanz. Was passiert, wenn eine Schulart die gesellschaftliche Akzeptanz verliert, lässt sich am Beispiel der Hauptschule erkennen.
6. Um eine breite gesellschaftliche Akzeptanz zu gewinnen, muss die Gemeinschaftsschule ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Dies bedeutet insbesondere, dass sie nicht nur im Hinblick auf den Hauptschul- und den Realschulabschluss erfolgreich ist, sondern eben auch beim (allgemeinbildenden) Abitur. Wenn grundsätzlich andere weiterführende Schulen letztlich für den Erfolg beim Abitur zuständig wären, könnte die Gemeinschaftsschule nicht nachweisen, dass der von ihr beschrittene pädagogisch-didaktische Weg auch zum erfolgreichen Ablegen des Abiturs führen kann.

7. Schließlich könnte ein Ansatz für gesellschaftliche Akzeptanz auch darin bestehen, dass die Oberstufe einer Gemeinschaftsschule spezifische Möglichkeiten bietet, die bei den bisherigen Oberstufen nicht gegeben sind, z. B. durch deutlich unterschiedliche Lehr- und Lernformen und durch alternative Regelungen bezüglich der zweiten Fremdsprache.
8. Entscheidend aber ist, dass in der Wertehierarchie unserer Gesellschaft die Verleihung des Abiturs so bedeutsam ist, dass allen Schulen, die über diese Möglichkeit nicht verfügen, früher oder später die gesellschaftliche Anerkennung entzogen wird. Vgl. hierzu die Aussagen von Ernst Rösner, der mehrfach dazu angemerkt hat, dass „jede Schule (Schulform), die nicht das Abitur bzw. gymnasiale Inhalte anbietet, zur Restschule werden wird“.¹ Diese Anmerkungen aus der Bildungsforschung sind neueren Datums. Wie sehr aber diese Dimension unsere Schulsystemdebatte bestimmt, lässt sich daran erkennen, dass diese hierarchische Differenz von Abitur-anbietenden und -nicht anbietenden Schulen bereits vor ca. 200 Jahren einen Graben durch unsere Schullandschaft gezogen hat. Das nachfolgende Zitat von Heinz-Elmar Tenorth kennzeichnet die Situation zu Beginn des 19. Jahrhunderts: „Die zentrale Trennungslinie im Bildungswesen und zwischen den Schulen wird damit vom Abitur her definiert. Die Schulen müssen sich nämlich – erst staatlich, und dann auch bald in der Wertschätzung des Publikums – daran messen lassen, ob sie dem Abiturstandard [...] entsprechen.“² 200 Jahre Schulgeschichte, und an diesem Punkt hat sich nichts geändert – logischerweise. Denn wenn ein System hierarchisch strukturiert ist, dann löst diese Hierarchisierung eine Dynamik von unten nach oben aus, die schlechterdings nicht gestoppt werden kann. Und so ist die Schulgeschichte über Jahrzehnte dadurch gekennzeichnet, dass sich Schulformen die Verleihung des Abiturs erkämpfen und dadurch ihre Existenz festigen (*siehe Kasten*), während andere diese Möglichkeit nicht haben und aus der Bildungslandschaft verschwinden.
9. Die permanente Verschiebung der Überwechslerzahlen von der Grundschule in Richtung Gymnasium ist ebenfalls ein deutlicher Beleg für diese Dynamik. Auch wenn heftig propagiert wird, dass endlich Ruhe einkehren muss an den Schulen, solange die hierarchische Struktur unseres Bildungssystems für eine Dynamik sorgt, brauchen wir von Ruhe nicht zu träumen.

Anbindung an die „Masterkonzeption“ eines 2-Säulen-Modells

10. Dieser oben beschriebene Prozess ist auch gegenwärtig eine bestimmende Größe. Das dadurch bedingte Scheitern des dreigliedrigen Schulsystems ist ja nicht in seiner Differenzierung begründet, sondern in seiner Hierarchisierung. Einen Ausweg aus dieser „Hierarchisierungsfalle“ gibt es daher nur, wenn – wie im 2-Säulen-System

angedacht – beide Säulen einen prinzipiell gleichen Abschluss anbieten – also auf gleicher Höhe enden, und dadurch ein gemeinsames Dach zu tragen vermögen. Diese Option hat auch einen entscheidenden Einfluss auf das Schulwahlverhalten der Eltern nach der Grundschule. Ein Zitat aus Berlin lässt dies sehr deutlich erkennen: „Die Anmeldezahlen [...] im Schuljahr 2015/16 belegen aber deutlich, dass es den Eltern nicht ausreicht, wenn eine Sekundarschule/Gemeinschaftsschule nur mittels einer

Kooperation [...] den Weg zum Abitur anbietet.“³ Für die Rekrutierung von leistungsstarken Schülerinnen und Schülern bedeutet dies, dass die Vorstellung „Wir gehen während der Sek. I auf eine Gemeinschaftsschule und wechseln zur Sek. II an ein Gymnasium“ in hohem Maße unrealistisch ist, da die Eltern unausgesprochen nach dem Motto handeln: „Wenn wir für das Ziel Abitur

sowieso auf ein Gymnasium müssen, dann gehen wir doch gleich dorthin, dann braucht unser Kind keinen Schulwechsel und keine Anpassungsprozesse bezüglich der Lehr- und Lernkonzeption durchzustehen.“

Nun ist es sicherlich nicht möglich, an allen Gemeinschaftsschulen Oberstufen einzurichten, da die Einrichtung eine Mindestzahl an Schülern voraussetzt. Dennoch sollte diese Chance an den Standorten genutzt werden, die über die notwendigen Zahlen verfügen. Auch Kooperationen nahe beieinander liegender Gemeinschaftsschulen sollte ein gangbarer Weg zur eigenen Oberstufe sein.

Verlässlichkeit der Bildungspolitik

Schließlich ist für ein gelingendes Etablieren von Gemeinschaftsschulen unerlässlich, dass die zu Beginn gemachten bildungspolitischen Aussagen verlässlich sind.

11. Sowohl die Kollegien, die die Gemeinschaftsschulen aufbauen, als auch die Eltern, die ihre Kinder dort angemeldet haben, haben einen Anspruch auf Umsetzung der für die Gemeinschaftsschulen geltenden rechtlichen Regelungen, zu denen eben auch die Option auf eine Oberstufe gehört.
12. Man kann nicht das neue „Schiff“ Gemeinschaftsschule bauen, es auf große Fahrt schicken und dann nach halber Strecke einen wesentlichen Zielhafen streichen – das wäre bildungspolitische Orientierungslosigkeit.
13. Schließlich muss auch bedacht werden, dass das mit der Einführung von Gemeinschaftsschulen verbundene politische Ziel der Bildungsgerechtigkeit nur dann erreicht

¹ An unterschiedlichen Stellen in unterschiedlicher Ausprägung, so z. B. in einem Interview mit dem Deutschlandradio http://www.deutschlandradiokultur.de/bildungsforscher-getrennte-schulformen-sind-der-falsche-weg.954.de.html?dram:article_id=146605

² Tenorth, Heinz-Elmar: *Geste der Erziehung. Einführung in die Grundzüge ihrer neuzeitlichen Entwicklung*. Weinheim/München 2000, S. 147

³ Aus: Rundschreiben „Interessenverband Berliner Schulleitungen“ 03/2015, S. 1–2

werden kann, wenn die neuralgischen Punkte für die Entstehung von Bildungsgerechtigkeit, die Übergänge von der Grundschule zur Sek. I und von der Sek. I zur Sek. II neu strukturiert werden.

14. Insbesondere für die Eltern war die Dimension der Verlässlichkeit von politischen Aussagen zur Bildung ein ganz zentraler Punkt. In einer Präsentation, die ein Elternbündnis aus den drei Tübinger Gemeinschaftsschulen entworfen hat, wird sehr klar formuliert, dass sie ihre leistungsstarken Kinder vor dem Hintergrund der gemachten Zusagen den Gemeinschaftsschulen anvertraut haben, und jetzt erwarten, dass es auch für diese Kinder einen adäquaten Weg gibt: „Wir sehen eine eigene Sekundarstufe II für die Tübinger Gemeinschaftsschulen als einzig geeigneten Weg.“



Foto: Ingolf Pompe

dungsweg bekommen – dies gilt auch und gerade für den ersten GMS-Jahrgang.“

Da die Einrichtung einer Oberstufe an Gemeinschaftsschulen an die zu erfüllende Mindestzahl 60 gebunden war, hat die Stadt bei der Universität eine Expertise in Auftrag gegeben, die die beiden Fragen klären sollte, ob – einerseits – die Zahlen an den Tübinger Gemeinschaftsschulen ausreichen, und – andererseits – welche Konsequenzen sich bei Einrichtung einer Oberstufe für die bestehenden Standorte von Oberstufen ergeben könnten.

Die Expertise brachte das sehr klare Ergebnis, dass – auch bei sehr zurückhaltender Kalkulation – die Mindestzahl 60 deutlich überschritten wird.

Zudem gibt es „[...] keine Anzeichen für eine durch eine GMS-Oberstufe bedingte, existentielle Gefährdung der beruflichen Gymnasien. Eine Einschränkung des Angebots ist hingegen möglich. Bei einer Verringerung von Schülerzahlen könnte dies Auswirkungen auf einzelne Profile und/oder Klassenzüge haben. Im Extremfall wäre denkbar, dass einzelne Profile und/oder Klassenzüge nicht mehr angeboten werden könnten. Spezifische Profile werden jedoch vermutlich von Schülerinnen und Schülern gewählt werden, die nicht primär an einer allgemeinbildenden (dreijährigen) Oberstufe interessiert sind. An den allgemeinbildenden Gymnasien würde die Schülerzahl stabil bleiben.“⁴

Auf der Basis der für die Gemeinschaftsschulen von Anfang an gegebenen schulgesetzlichen Perspektive einer Oberstufe, der Einigkeit der drei Gemeinschaftsschulen, diese gestalten zu wollen, der deutlichen Position des Elternbündnisses sowie der Ergebnisse der Expertise der Universität hat die Stadt Tübingen eine breit angelegte Diskussion mit allen Beteiligten durchgeführt, in deren Rahmen von den Gemeinschaftsschulen auch ein konkretes Konzept vorgelegt wurde, wie sie sich eine Oberstufe vorstellen können, die einerseits den rechtlichen Vorgaben entspricht, andererseits aber die Traditionen und Verfahren der Sekundarstufe I bis zum Abitur weiterführt. Eine Skizze dieses Konzepts wird in einem zweiten Teil verdeutlicht.

Joachim Friedrichsdorf

Der Diskussions- und Beratungsprozess in Tübingen

Die oben genannte Aussage steht für eine intensive Elternbeteiligung bei der Frage einer Oberstufe für die Tübinger Gemeinschaftsschulen. Als die Diskussion über die Gemeinschaftsschuloberstufe an Fahrt aufnahm, fand eine Veranstaltung zum Thema „Gemeinschaftsschule bis Klasse 13 – aber wie?“ statt. Dieses im Großgruppen-Format „World-Café“ durchgeführte Treffen von Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern der drei Tübinger Gemeinschaftsschulen sollte nach einem intensiven Austausch zu einer gemeinsamen Position bezüglich einer Oberstufe führen.

Nach einem deutlichen Votum für eine Oberstufe an Gemeinschaftsschulen haben sich Eltern der drei Gemeinschaftsschulen enger zusammengeschlossen und haben ihren Standpunkt in vielen Gesprächen mit den Gemeinderatsfraktionen und den Schulaufsichtsbehörden deutlich gemacht. Dabei haben sie insbesondere betont, dass sie auf der Basis der mit der Einführung der Gemeinschaftsschulen gemachten Aussagen ihre Kinder – die ebenso gut ein Gymnasium hätten besuchen können – der Schulform Gemeinschaftsschule anvertraut haben und nun zu Recht erwarten, dass die von Anfang an vermittelte Perspektive einer eigenen Oberstufe auch umgesetzt wird. In einer dazu entworfenen Präsentation formulieren sie deshalb:

15. „Wir wünschen uns Planungssicherheit und dass die Versprechen der Politik bezüglich der Gemeinschaftsschule eingehalten werden.“
16. Wir wünschen uns für unsere Kinder die Fortsetzung der Pädagogik sowie Arbeits-, Lern- und Umgangskultur der Gemeinschaftsschule bis zum Abitur.
17. Wir wünschen uns, dass die Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule die Chance auf einen zielstrebig, leistungsorientierten und allgemeinbildenden Bil-

Teil 2 folgt in Heft 1/2018 (Oktober 2017)

⁴ Forschungsprojekt „Oberstufe Gemeinschaftsschulen in Tübingen“ Abschlussbericht S. 23

Der 18. Landeselternbeirat

Geschäftsstelle des LEB

Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Tel. 0711/741094, Telefax 0711/741096, Mail: info@leb-bw.de

Geschäftsführender Vorstand:

Vorsitzender: Dr. Carsten T. Rees
Stellv. Vorsitzende: Mathias Fiola, Petra Rietzler, Friedrich-Wilhelm Behrens
Kassenwart: Dr. Matthias Zimmermann
Stellv. Kassenwartin: Sigrid Maichle
Schriftführerin: Carmen Haaf

| | Regierungsbezirk Freiburg | Regierungsbezirk Karlsruhe | Regierungsbezirk Stuttgart | Regierungsbezirk Tübingen |
|--|--|---|---|---|
| Grundschule | Sandra Hans Mail: hans@leb-bw.de | Katrin Ballhaus Mail: ballhaus@leb-bw.de | Doreen Halm Mail: halm@leb-bw.de | Marc Scheerle Mail: scheerle@leb-bw.de |
| Gemeinschafts- schule | Petra Rietzler Mail: rietzler@leb-bw.de | Nicole Nicklis Mail: nicklis@leb-bw.de | Marie Rudisile-Knoedler Mail: rudisile-knoedler@leb-bw.de | Sabine Buchmann-Mayer Mail: buchmann-mayer@leb-bw.de |
| Werkrealschule/ Hauptschule | Gabriele Hils Mail: hils@leb-bw.de | Mathias Fey Mail: fey@leb-bw.de | nicht besetzt | Norbert Hölle Mail: hoelle@leb-bw.de |
| Realschule | Jutta Luem-Eigenmann Mail: luem-eigenmann@leb-bw.de | Carmen Haaf Mail: haaf@leb-bw.de | Manuela Afolabi Mail: afolabi@leb-bw.de | Dieter Schmoll Mail: schmoll@leb-bw.de |
| Gymnasium | Dr. Carsten Thomas Rees Mail: rees@leb-bw.de | Dr. Matthias Zimmermann Mail: zimmermann@leb-bw.de | Anja Wild Mail: wild@leb-bw.de | Stephan Ertle Mail: ertle@leb-bw.de |
| Sonderpäd. Bil- dungs- und Bera- tungszentren | Friedrich-Wilhelm Behrens Mail: behrens@leb-bw.de | Adolf Albin Mail: Albin@leb-bw.de | Nancy Ohlhausen Mail: ohlhausen@leb-bw.de | nicht besetzt |
| Berufsschule | Heike Stöckmeyer Mail: stoeckmeyer@leb-bw.de | Michael Th. Schäfer Mail: schaefer@leb-bw.de | Dunja Recht Mail: recht@leb-bw.de | Matthias Fiola Mail: fiola@leb-bw.de |
| Berufliches Gymnasium | Joachim Dufner Mail: dufner@leb-bw.de | Matthias Mackert Mail: mackert@leb-bw.de | Sandra Bohnet Mail: bohnet@leb-bw.de | Sigrid Maichle Mail: maichle@leb-bw.de |
| Schulen in freier Trägerschaft | Astrid Egerer Mail: egerer@leb-bw.de | | | |

Vorsicht Satire!

Der Ernst des Lebens...

Die Schule ist nun für viele Schüler/-innen vorbei, die Prüfungen ausgewertet, Zeugnisse übergeben. In Händen halten sie einen Hauptschulabschluss, einen Realschulabschluss, ein Fachabitur, die Allgemeine Hochschulreife (Abitur) oder einen von vielen weiteren möglichen Abschlüssen. Der Ernst des Lebens, welcher zu Schulbeginn laut Aussagen von Großeltern, Eltern oder anderen wichtigen Menschen damals begann – vorbei, geschafft.

Nun beginnt ein neuer Lebensabschnitt, den die (Ex-)Schüler/-innen selbst bestimmen können.

Die Welt steht ihnen offen: Ausbildungsplätze, Studienplätze – die freie Wahl. Kür, nicht mehr Pflicht – endlich Schule vorbei!

Und dann das: Diesen Ausbildungsplatz gibt es nur mit Abitur, den nächsten nur mit sehr gutem Realschulabschluss, diesen Studienplatz nur mit Abinote 1,1...

War da nicht so was wie Fachkräftemangel, Ärztemangel, fehlende Grundschullehrer/-innen...? Waren da nicht viele für unsere Zukunft als Suchende herrliche Möglichkeiten in Aussicht gestellt worden? Ein Schlaraffenland der Möglichkeiten?

Schon wieder beginnt der „Ernst des Lebens“...

Es gilt aber auch an sich zu glauben, Möglichkeiten zu suchen und Chancen zu nutzen. Das Leben ganz durchzuplanen schaffen doch nur wenige. Hatte Frau Merkel beim Physikstudium schon geplant Bundeskanzlerin zu werden? Hatte Bill Gates geplant das Studium abzubrechen, um Milliardär zu werden?

Rene Obermann, ehemaliger Vorsitzender der Telekom, verkaufte früher Telefone und gründete dann eine Firma.

Alle Eltern, die Ähnliches von ihren eigenen Kindern hören, bekommen einen Herzstillstand oder cholerische Anfälle ...

jd

Schule im Blickpunkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg

**gut und aktuell
informiert durch's Schuljahr
für nur € 12,-**



Schule im Blickpunkt informiert engagierte Eltern und Elternvertreter, aber auch Lehrkräfte und Schulleitungen über Fragestellungen, Diskussionen und Beschlüsse des Landeselternbeirats. Themen, die Eltern beschäftigen, werden gut lesbar aufbereitet und diskutiert.

Eltern, die neu in die Elternvertretung gewählt wurden, erhalten durch **Schule im Blickpunkt** viele Hilfestellungen, Einblicke in diverse schulrelevante Themengebiete sowie Tipps für die alltägliche Elternarbeit.

Bei allem steht eine gute und konstruktive Zusammenarbeit aller am Schulleben Beteiligten im Vordergrund.

Abonnieren Sie **Schule im Blickpunkt** als Schule oder Elternbeirat für alle Klassenelternvertreter. Die Finanzierung kann über die Schule, die Elternbeiratskasse oder z.B. auch über Sponsoring geschehen.

Bleiben Sie informiert: Sofern Sie noch nicht zum Abonnenten- oder Empfängerkreis gehören, empfehlen wir Ihnen als interessierte Eltern, sich diese Zeitschrift für den eigenen persönlichen Gebrauch zu abonnieren.

Bestellcoupon ausfüllen und senden an:

Neckar-Verlag GmbH • D-78045 Villingen-Schwenningen

Telefon +49 (0) 7721/8987-0 • Fax -50 • E-Mail: bestellungen@neckar-verlag.de • Internet: www.neckar-verlag.de

Bestellcoupon

Hiermit bestelle ich auf Rechnung (zzgl. Versandkostenanteil)

___ Ex. *Schule im Blickpunkt* **Jahresabonnement** € 12,-
___ Ex. *Schule im Blickpunkt* **Leseexemplar** € ---

Schule im Blickpunkt

- erscheint sechsmal jährlich
- 1. Ausgabe eines Jahrganges erscheint zum Schuljahresanfang

Jahresabonnement € 12,-
Einzelpreis € 2,50
jeweils zzgl. Versandkosten

Meine Anschrift

Kd.-Nr.: _____

Datum und rechtsverbindliche Unterschrift

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag, an dem Sie oder ein von Ihnen benannter Dritter, der nicht der Beförderer ist, die erste Ware in Besitz genommen haben bzw. hat. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie dem Neckar-Verlag mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.